

AhD - PRESSE - INFO



Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD)
53173 Bonn, Rheinallee 18 - 20
Vorsitzender: Dr. Horst Günther Klitzing
Geschäftsführer: Peter Christensen, MDirig a. D.
Tel.: 02 28/90 26 66 6 Fax: 02 28/90 26 68 0
Internet: www.hoehererdienst.de
E-Mail: ahd@hoehererdienst.de

Bonn, 8. Oktober 2014

Presseerklärung der AhD zur Besoldungssituation des höheren Dienstes in NRW

Als der nordrhein-westfälische Landtag das Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 verabschiedet hatte, bestand kein Zweifel, dass die darin für den höheren Dienst verordnete doppelte Nullrunde verfassungswidrig war. Der Verfassungsgerichtshof in Münster hat das erwartungsgemäß bestätigt und mit aller Deutlichkeit festgestellt, dass die Nullrunden einen evidenten Verstoß gegen das Alimentationsprinzip darstellen. Das Vertrauen der betroffenen Beamten, Richter und Versorgungsempfänger in ihren Dienstherrn war damit erheblich beschädigt.

Die nun beabsichtigte Gesetzeskorrektur, die den verfassungswidrigen Zustand beenden und das Vertrauen wiederherstellen soll, wird von den Betroffenen als weiterhin völlig unzureichend und ungerecht empfunden. Hauptpunkt der Kritik ist, dass auch die jetzt beabsichtigte Regelung für den höheren Dienst weit hinter dem Tarifergebnis und der Regelung für die niedrigeren Besoldungsgruppen zurückbleibt und damit einen Zustand schaffen würde, der das Besoldungsgefüge auf Dauer nachhaltig und spürbar zu Lasten des höheren Dienstes verschiebt. So verfestigt sich bei den Betroffenen der Eindruck, dass die Landesregierung auch nach der für sie blamablen Entscheidung aus Münster noch immer nicht bereit ist, dem höheren Dienst das zuzugestehen, was verfassungsrechtlich geboten ist und was er daher fairerweise auch erwarten darf. Der Hinweis auf die prekäre Haushaltslage und das Einhalten der Schuldenbremse dient dabei offenbar nur als willkommener Vorwand.

Die höheren Beamten, die Richter und die entsprechenden Versorgungsempfänger haben mittlerweile das Gefühl, zu einer aus der Sicht der Landesregierung politisch unliebsamen Gruppe zu gehören, die angesichts fortschreitender Gleichmacherei nicht mehr in die Zeit passt, der man Anerkennung und Wertschätzung nicht entgegen bringt und die daher auch nicht auf Wohlwollen rechnen kann. Und so nimmt das Vertrauen in den Dienstherrn immer mehr Schaden.

Die Landesregierung übersieht völlig, dass es gerade die Beamten des höheren Dienstes sind, die in der Landesverwaltung besonders verantwortungsvolle und schwierige Aufgaben wahrnehmen und die zum Beispiel in den Landesministerien mit hohem Einsatz und großem Engagement die Grundlagen und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Ministerpräsidentin und die übrigen Mitglieder der Landesregierung überhaupt erst erfolgreiche Arbeit leisten können und die Landesverwaltung in der Öffentlichkeit als gut funktionsfähig und leistungsstark wahrgenommen wird. Dass gerade dieser Personenkreis trotz anerkennenswerten Einsatzes und hoher Verantwortung nun erfahren muss, bei der überfälligen Besoldungsanpassung politisch keinerlei Unterstützung zu finden, wird seine Wirkung nicht verfehlen.

Es ist damit zu rechnen, dass auch das neue Gesetz angefochten wird. Entsprechende Ankündigungen sind jedenfalls schon zu hören. Sollte am Ende auch das neue Gesetz keinen Bestand haben, wäre der Schaden für die Landesregierung verheerend und das Vertrauen weiter Teile der Beamtenschaft in ihren Dienstherrn abschließend zerstört.

Die Arbeitsgemeinschaft der Verbände des höheren Dienstes, die mehr als 125.000 Beamtinnen und Beamte des höheren Dienstes vertritt, fordert die Landesregierung daher mit Nachdruck auf, bei der anstehenden Neuregelung für den höheren Dienst eine Lösung zu finden, die das Besoldungsgefüge in seiner bewährten Gesamtstruktur im Kern bestehen lässt.

Die Arbeitsgemeinschaft höherer Dienst (AhD) ist ein Zusammenschluss der rd. 125.000 Mitglieder der nachgenannten Verbände:

Deutscher Philologenverband e.V. (DPHV), Deutscher Hochschulverband (DHV), Bundesverband der Verwaltungsbeamten des höheren Dienstes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (BVHD), Verein Deutscher Bibliothekare e.V. (VDB), Führungskräfteverband Telekom und Post (VTP), Bundesverband der Lebensmittelchemiker/-innen im öffentlichen Dienst e.V. (BLC), Vereinigung der technischen Mitglieder des Deutschen Patentamtes - Prüfervereinigung - e.V., Bundesverband der Apotheker im öffentlichen Dienst e. V. (BApÖD), Verband Deutscher Meteorologen e.V. (VDM)